

die Schwierigkeit der Arbeit hinwegtäuschen, die von den katholischen Priestern in Schweden zu leisten ist. Haben sie doch eine ganz kleine Herde zu betreuen, die sich aus den verschiedensten Nationen zusammensetzt und über ein weites Gebiet in einer nichtkatholischen Umgebung verstreut ist. Viele Wege werden bei solcher Seelsorge vergeblich gegangen. Um so mehr freute mich die Wahrnehmung, daß die katholischen Priester und auch die katholischen Ordensschwester, die ihnen in Treue und Eifer wertvollste Hilfe bieten, gerne in Schweden weilen und mit herzlicher Sympathie von dem Volke und Lande sprechen, das ihnen zur zweiten Heimat geworden ist. Möge ihnen und mit ihnen allen schwedischen Katholiken unter Gottes Beistand die schwierige Aufgabe gelingen, durch Einigkeit, Starkmut und Klugheit inmitten eines protestantischen Volkes würdige Zeugen zu sein für den Glauben und die Liebe der großen katholischen Weltkirche. Sie sind auf diese Weise — auch das ist gewiß eine ihrer Aufgaben — eine nach außen zwar unscheinbare, aber in tieferem Zusammenhang der Dinge nicht unerhebliche Stütze in dem Kampfe, den der gläubige Teil des schwedischen Protestantismus mehr und mehr zu führen hat gegen Neuheidentum und moralische Zersetzung. Auch in Schweden hat das Christentum einen schweren Kampf zu bestehen, wiewohl er sich weniger lärmend als im übrigen Europa vollzieht. — Möge das Kreuz, das goldgelb leuchtet auf dem hellblauen Grund der schwedischen Flagge, ein Symbol sein und bleiben für wahren Christenglauben in Schweden!

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Für einen sehr großen Teil der Jugend von heute steht die Religion nicht im Vordergrund des Lebens. Günther Gründel, der Verfasser des seit zwei Jahren viel gelesenen Buches „Die Sendung der jungen Generation“, behauptet in der „Zeitwende“ (November 1933) vom Wege seiner eigenen Jugend, es gebe „in Deutschland Tausende, die ihm in den wesentlichen Grundzügen gleichen“ (S. 366), und dieser Dreißigjährige, jüngster Abkömmling einer aus Kapitalismus und Soldatentum gemischten Familie, als Abiturient „politisch wurzellos und Sozialist à la Bellamy ... ohne feste innere und äußere Disziplin“ (S. 363), sieht seine ganze Entwicklung nur unter wirtschaftliche, soziale und nationale Mächte gestellt — von Religion spricht er kein einziges Mal. Ebenso wenig ist davon die Rede bei Raoul Dautry, dem Generaldirektor der französischen Staatsbahnen, der in der katholischen „Revue des jeunes“ (November 1933, S. 1374 ff.) über die geistige Haltung seiner jungen Betriebsführer, Ingenieure und Arbeiter schreibt. Er stellt Abnahme der Genußgier und Zunahme der Gemeinschaftsgefühle fest, aber in religiöser Hinsicht scheint er nichts wahrgenommen zu haben. In derselben Zeitschrift (Oktober 1933, S. 1312 ff.) erklärt E. Jacomin, Mitglied eines nichtkonfessionellen Zirkels

von jungen Angestellten und Arbeitern im Verband „Équipe Sociale“, die heutige Jugend suche den Mangel an Erziehung zu sittlichen Grundsätzen durch Sport wettzumachen, sie sei zu erdegebunden, sie könne einstweilen nur ihre Schwäche anerkennen und auf eine Zeit hoffen, wo ein höheres Ideal sie emporreißen werde. Aus „The Story of the Student Christian Movement of Great Britain and Ireland“ von Tissington Tatlow (London 1933) erfährt man, daß diese stark auf persönliche Religiosität gerichtete und grundsätzlich über alle Kirchengrenzen hinausgreifende protestantische Bewegung allerdings eine Länder und Meere umspannende Organisation geschaffen, großartige Liebeswerke ins Leben gerufen und 3500 Heidenmissionare ausgesandt, aber nach jahrzehntelanger Arbeit erst ein Zehntel der Universitätsjugend der Welt als Mitglieder gewonnen hat. Auch in der Religiosität des ernsthaft gläubigen Teiles der katholischen Studentenschaft sieht der Dominikanergeneral P. Gillet nach seinen europäischen und amerikanischen Erfahrungen nicht lauter lichte Züge. Er schreibt im „Przegląd Powszechny“ (Dezember 1933, S. 445): „Diese jungen Leute fühlen sich weniger durch die Glaubenslehre angezogen — da genügt ihnen der Katechismus — als durch die Lebensgeschichten der Heiligen. Der Katholizismus bedeutet ihnen eher ein Erlebnis als eine Wahrheit. Begeisterte Hingabe trägt sie über dunkle Fragen des Glaubens hinweg. Diese Jugend macht gelegentlich den Eindruck, daß ihr wohl mancher Theologe zusagt, aber nicht die Theologie. Im Dogma sehen sie Zwang, nicht geistige Befreiung. Sie unterwerfen sich ihm ehrlich, ohne Vorbehalt, aber sie wollen es ein für allemal durchdenken und sich dann nicht mehr damit beschäftigen.“

Echte Religion, wenn man das Wort im unverbogenen Sinne bewußter Gottesverehrung nimmt, wird sich auch außerhalb der Jugend in der Regel nicht bei den vielen finden, die sich offen als konfessionslos erklären. Von den katholischen Deutschen, die in den letzten Jahren aus der Kirche ausgetreten sind, ist nach der amtlichen Statistik nur ungefähr ein Zehntel zu einer andern Religionsgemeinschaft übergegangen. In den katholischen Gegenden Hollands ist unter hundert Bewohnern durchschnittlich einer konfessionslos, in den übrigen Teilen des Landes dagegen hat ein Fünftel aller Gemeinden mehr als 10 Prozent Konfessionslose, 53 Gemeinden haben mehr als 25 Prozent und zwei Gemeinden sogar mehr als 50 Prozent. Im ganzen ist in Holland die Zahl der konfessionslosen Frauen nur um ein Fünftel geringer als die der konfessionslosen Männer. Weniger widerstandsfähig als die holländischen Katholiken sind die polnischen. Wie Eduard Kosibowicz S. J. im „Przegląd Powszechny“ (Dezember 1933, S. 576 ff.) darlegt, ist in den letzten zwei Jahren der Einfluß des Freidenkertums mächtig gewachsen. Unter den höhergebildeten Kreisen wirbt der angesehene Dichter und Kritiker Boy-Zelenski, Mitglied der Polnischen Akademie der Literatur, für eine dogmatisch und moralisch ungebundene Lebensanschauung. Das Bundesblatt der polnischen Gottlosenbewegung wird massenhaft bei Arbeitern und Bauern kolportiert. Die weit verbreitete Warschauer Tageszeitung „Kurjer Poranny“ ist in ihrem Hauptblatt wie in ihrer Jugendbeilage offen religionsfeindlich. Dieselbe freigeistige

Richtung tritt in dem starken Jugendverband „Legjon Mlodych“ immer klarer zu Tage und sucht dadurch Einfluß auf die künftige Gestaltung des polnischen Staates zu gewinnen.

Nicht minder heftige Angriffe sind innerhalb des deutschen Protestantismus dem Christentum aus einer Überspitzung nationalen Denkens erwachsen. Der Tübinger Professor der Religionsgeschichte Jakob Wilhelm Hauer wendet sich mit seiner „Deutschen Glaubensbewegung“, für die der Leipziger Philosoph Ernst Bergmann mit besonderem Eifer die Lehrerschaft der Volksschulen zu gewinnen sucht, vom Evangelium gänzlich ab, um auf rassistischer Grundlage die der Forschung nicht einmal genau bekannte vorchristliche Religion der Germanen neu zu erwecken. Ebenfalls aus rassistischen Voraussetzungen will der linke Flügel der „Deutschen Christen“ das Alte Testament preisgeben und am Neuen Testament wesentliche Abstriche machen. Diesem Beginnen ist zwar der Reichsbischof Ludwig Müller, der auf dem rechten Flügel der „Deutschen Christen“ steht, entschieden entgegengetreten, aber als er anzudeuten schien, die in seinem Sinne geführte Bewegung müsse jeder echt nationalsozialistisch gesinnte Protestant gutheißen, antwortete der Kieler Professor Hermann Mulert in der von ihm herausgegebenen „Christlichen Welt“ (2. Dezember 1933, S. 1089): „Nein, auch viele evangelische Nationalsozialisten sind Gegner der Deutschen Christen; es gibt für viele ernste Christen genug rein kirchliche Gründe, Gründe christlicher Überzeugung, viele Taten der Deutschen Christen scharf abzulehnen.“ Sehr starke Gruppen, namentlich unter den süd- und westdeutschen Protestanten, begrüßten die am 19. November von den Kanzeln verlesene Erklärung des 3000 Mitglieder zählenden „Pfarrernotbundes“: „Wir Prediger des Evangeliums wollen nicht den Vorwurf auf uns ziehen, stumme Hunde zu sein. Wir bekennen uns zur Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments als einziger Richtschnur unseres Glaubens und Lebens und zu den Bekenntnissen der Väter als ihrer reformatorischen Auslegung.“ Die Willensäußerung des Reichskanzlers, daß auf die Klärung dieser innerkirchlichen Fragen weder durch den Staat noch durch die nationalsozialistische Partei ein Druck ausgeübt werden solle, fließt folgerichtig aus der zu oft vergessenen Überordnung der Religion, die das ewige Verhältnis des Menschen zu Gott regelt, über den Staat, der zwar die Religion zu unterstützen, aber von sich aus nur über zeitliche Belange des Volkes zu befinden hat. Dagegen kann ein Staat, der auf christlicher Grundlage ruhen will, der Kirche offenbar nicht das Recht bestreiten, staatliche Maßnahmen an den Forderungen des Christentums zu messen, weshalb denn auch in dem innerprotestantischen Streit um die Frage, ob „grundsätzlich“ für das geistliche Amt arische Abstammung gefordert werden soll, der Marburger Exeget Bultmann („Theologische Blätter“, Dezember 1933, S. 368) schrieb: „Die Kirche darf nichts von ihrer Verkündigung preisgeben, die auch das Volksbewußtsein unter die Kritik des Wortes Gottes stellt. Lehnt sich das Volksbewußtsein gegen diese Kritik auf, so ist es das Bewußtsein eines unchristlichen Volkes, das seine Begrenzung durch Gott vergessen hat.“

Ebensowenig konnte es natürlich den Katholiken verübelt werden, daß

sie das Lutherjubiläum vom katholischen Standpunkt aus würdigten, also ein Lutherfest nicht als gemeinsames Fest des neuen Deutschlands anzusehen vermochten. Gewiß muß von ihnen erwartet werden, daß sie die religiösen Gefühle ihrer protestantischen Volksgenossen für Luther achten, aber andererseits ist es schon um der von Hitler gewollten Volkseinheit willen geboten, namentlich bei außerkirchlichen Ehrungen Luthers, die Gefühle der katholischen Deutschen nicht zu verletzen. Es ist ja nie zu beweisen, daß deutsche Geisteshaltung gerade in Luther ihren stärksten Ausdruck gefunden habe. Die deutsche Schriftsprache aber hat Luther, das steht wissenschaftlich fest, nicht geschaffen, sondern neben andern und mehr als andere verbreiten helfen. Und was in der „Zeitwende“ (November 1933, S. 322) Günther Gründler sagt: „Nationalpolitische Erwägungen lagen ihm völlig fern“, das hat klarer schon der Greifswalder Professor Wolfgang Stämmeler ausgesprochen, als er („Von der Mystik zum Barock“, Stuttgart 1927, S. 280) schrieb, man stelle Luther „in ein falsches, unhistorisches Licht“, wenn man ihn als Vertreter „nationaler“ Gesinnung feiere: „Nur insofern er und seine Anhänger sich gegen das kirchliche Oberhaupt in Rom wandten, betonten sie dessen Welschtum und ihr Deutschtum.“

Die allgemeine Lage der katholischen Kirche in Deutschland beleuchteten in einer Ansprache des Papstes an eine Gruppe von Präses und Mitgliedern des „Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands“ am 27. Oktober 1933 die Worte: „Große Hoffnungen müssen wir im Herzen nähren. Doch, geliebte Söhne, unsere Hoffnungen schließen nicht alle Gefahren aus. Sie wissen, daß Wir sehr besorgt sind um deutsche Jugend, tief besorgt auch um die Religion in Deutschland“ („Junge Front“, 5. November 1933). Wie Kardinal Bertram auf der Breslauer Christkönigstagung klagte, lassen viele Katholiken es gegenüber den Zeitströmungen an Klarheit des religiösen Denkens und des katholischen Empfindens fehlen. In den „Akademischen Monatsblättern“ (November 1933, S. 15 f.) mahnte Professor Spahn, das katholische Akademikertum habe, „was der deutsche Katholizismus an Glauben und Gläubigkeit, an Inbrunst und Tiefe, an in ihn übergegangenen Volksgeist und an in das Volk ausgestrahltem Christentum nach einem liberalistischen Jahrhundert noch zur Klärung und Vollendung unseres heute wieder in voller Gärung befindlichen geistigen Lebens beizusteuern vermag, zunächst einmal wieder zu heben, damit es in der rechten Weise, an der rechten Stelle eingesetzt werden kann.“ Und in der „Academia“ (Dezember 1933, S. 182) konnte man lesen: „Wir würden uns in Grund und Boden schämen, und der Staat hätte recht, uns mit einem Federstrich auszumerzen, wenn ein Großteil unserer Mitglieder es so wenig ernst mit seinem Deutschtum nähme, wie er es mit seinem Katholischsein nimmt.“

Innerhalb wie außerhalb studentischer Kreise wurde oft übersehen, daß eine politische Stellungnahme nicht selten mit schwierigen Fragen sittlicher Ordnung verbunden ist, und daß sich daher Bischöfe und Priester nicht politisch, sondern kirchlich betätigen, wenn sie bei Wahlen oder andern wichtigen Anlässen von dem ihnen übrigens durch

das Schlußprotokoll zu Artikel 32 des Reichskonkordates ausdrücklich verbürgten Rechte der „pflichtmäßigen Verkündung und Erläuterung der dogmatischen und sittlichen Lehren und Grundsätze der Kirche“ öffentlich Gebrauch machen. Wie der bayerische Ministerpräsident Siebert erklärte („Völkischer Beobachter“ Nr. 324, 20. November 1933), es sei ihm „ein heiliges Anliegen“, daß die Bestimmungen des Reichskonkordates „auch durchgeführt werden in dem Geist, unter dem sie geboren sind“, so gilt das gewiß nicht weniger von den Vertretern der Kirche. Der Ministerpräsident gab zu, „daß da und dort manches nicht vollkommen in der Ausführung war“, und erwartete Verständnis dafür, „daß in solchen Zeiten von untergeordneten Instanzen Fehler begangen werden“: folgerichtig haben die kirchlichen Stellen Anspruch auf gleiches Verständnis. Wohl in demselben Sinne hatte Kardinal Bertram in seiner Kundgebung vom 15. Oktober 1933 in Übereinstimmung „mit den Oberhirten aller deutschen Diözesen“ für die Männer und Frauen, „die lauterer Charakters und besten loyalen Willens waren und sind“, aber wegen ihrer früheren politischen Tätigkeit „in sehr großer Zahl Schweres erduldet haben und erdulden“, den Wunsch ausgesprochen, daß die staatlichen Stellen „getroffene harte Maßnahmen einer ernstlichen, wohlwollenden und beschleunigten Revision unterziehen“.

Da Fragen der Bildung und Erziehung einen wichtigen Platz in den Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat einnehmen, ist im „Handbuch der Erziehungswissenschaft“ der zweite Band der von Joseph Schröteler S.J. herausgegebenen „Pädagogik der Gegenwart in den großen Kulturländern“ (München 1934, Kösel) besonders lehrreich. Wirksamer als manche theoretische Darlegung zeigen die modernen Schulkämpfe in den hier behandelten romanischen und skandinavischen Ländern, worauf es auch bei uns ankommt.

Unter den Mitteln zur Stärkung des katholischen Bewußtseins in Deutschland ist von hervorragender Bedeutung die katholische Presse. Deshalb erklärte ein Hirtenschreiben des Bischofs von Fulda (12. September 1933) die katholische Presse für „nach wie vor unentbehrlich“ und forderte die Katholiken auf, „den bewährten katholischen Blättern treu zu bleiben, für sie zu werben, ihnen Anzeigen zuzuwenden und sie in jeder Weise zu unterstützen“. Als nachher wieder versucht wurde, „öffentlich die Existenzberechtigung von Zeitungen zu bestreiten, die sich in allen Teilen ihres Inhalts nach der katholischen Glaubens- und Sittenlehre richten“, erinnerte ein Erlaß des Erzbischöflichen Generalvikariates in Köln (27. November 1933) an die „letzte Pfingstkundgebung der deutschen Bischöfe“, in der die Notwendigkeit katholischer Zeitungen betont und für sie „jenes Maß von Freiheit“ verlangt wurde, „das ihre segensreiche Wirksamkeit ermöglicht“. Von der durch das Schriftleitergesetz auferlegten Bindung an die Staatspolitik heißt es im „Augustinusblatt“ (September/Oktober 1933): „Wir katholischen Presseleute haben uns immer gebunden gefühlt, weniger durch die Partei, der wir aus freien Stücken gedient, aber keineswegs unkritisch gegenübergestanden haben, wie mancher kritische Artikel zu der Haltung ihrer Fraktionen beweist,

entscheidend aber durch unsere Religion. Für uns war die Pressefreiheit eine Freiheit, von der nur mit Maß und Bedacht Gebrauch zu machen war.... Oder entsprach es etwa nicht von jeher den Anschauungen der im Augustinusverein zusammengeschlossenen katholischen Verleger und Schriftleiter, daß aus den Zeitungen ferngehalten werden müsse, was eigennützige Zwecke mit gemeinnützigen in einer die Öffentlichkeit irre-führenden Weise vermenge, was geeignet sei, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern ... zu schwächen, ... und was aus andern Gründen sittenwidrig sei?“ Auch Kritik ist mit der nötigen Rücksicht auf die staatliche Autorität vereinbar; „denn die Aufgabe des Schriftleiters nach § 13, die Gegenstände, die er behandelt, wahrhaft und nach seinem besten Gewissen zu beurteilen, schließt gegebenen Falles die Pflicht zur Kritik ein“ (S. 79 ff.). Tatsächlich habe ja Reichsminister Dr. Goebels bei der Verkündung des Schriftleitergesetzes gesagt: „Wir verlangen doch nicht, daß Sie Hurra schreien, wenn Ihnen nicht zum Hurra-schreien zu Mute ist! Wir verlangen nur, daß Sie nichts gegen den Staat unternehmen.... Wir wollen keine Gesinnungslumperei, sondern wir wollen eine offene und ehrliche Sprache“ (S. 85).

Eine zugleich freimütige und gehorsame Haltung muß der Katholik in schwerer Zeit erst recht gegenüber seinen geistlichen Führern einnehmen, wie das Bischof Clemens August von Münster sehr gewinnend in seinem ersten Hirtenbriefe mit den Worten aussprach: „Gern werde ich von andern, auch von Laien, auch von wohlmeinenden Andersgläubigen, Informationen über die Zeiterscheinungen, Wünsche und auch guten Rat annehmen. Aber ich weiß, daß die Pflicht zur Entscheidung über erforderliche Weisungen und Warnungen für meine Diözesanen auf mir allein und auf meinem Gewissen lastet und von niemand mir abgenommen werden kann.“

Daß katholische Gesinnung und katholische Tatkraft immer mehr wachsen, wird das Bemühen der „Katholischen Aktion“ sein, die durchaus nicht darauf auszugehen hat, „den deutschen Katholizismus vorbehaltlos in das Dritte Reich einzugliedern“, wie eine ganz fehlgreifende Zeitglosse der „Tat“ (Dezember 1933, S. 740) nahelegt, die übrigens auch den wesentlichen Unterschied zwischen katholischen Vereinen und „Zentrumsvereinen“ nicht sieht. Richtig sagt die Zeitglosse, die von nationalsozialistischer Seite gegründete „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher“ habe zum Zweck, „die deutschen Katholiken geschlossen hinter Adolf Hitler zu stellen“; aber die von kirchlicher Seite gegründete „Katholische Aktion“ hat weder diesen noch einen andern politischen Zweck, sondern sie erstrebt nach den Ende Oktober auf der Mainzer Christkönigstagung von Bischof Kaller bekannt gegebenen Richtlinien der Fuldaer Bischofskonferenz „eine Formung des Gewissens, eine starke und umfassende christliche Ausbildung, die den ganzen Menschen erfaßt, auf der Grundlage einer soliden Frömmigkeit, eines gründlichen Wissens um die göttlichen Dinge, eines tätigen Eifers und einer gehorsamen Unterwerfung unter die Hierarchie“, damit unter ihrer Leitung die so geschulten Laien als wahre Apostel „am Heile der Seelen mitarbeiten“,

also sich „die Ausbreitung des Reiches Christi im einzelnen Menschen, in der Familie und in der Gesellschaft“ nach Kräften angelegen sein lassen. „Sie muß Gruppen um den Pfarrer bilden, sie ist aber wesentlich eine Diözesanorganisation, die Diözesangruppen zur Verfügung des Bischofs hält.“ Alle katholischen Laien, ob sie Mitglieder einer sonstigen Organisation sind oder nicht, können in die Katholische Aktion eintreten, aber die Tätigkeit der katholischen Vereinszentralen „muß mehr als bisher über den Bischof gehen“. Die Einheit der Katholischen Aktion für Deutschland wird durch einen vom Gesamtepiskopat bestellten Zentralausschuß erhalten, der „die Aufträge des Gesamtepiskopats durchzuführen, ... Anträge an den Episkopat zu stellen“ und „zu aktuellen Fragen im öffentlichen Leben Stellung im Sinne des Episkopats zu nehmen“ hat.

Da für solche apostolische Arbeit eine statistisch genaue Kenntnis des Arbeitsfeldes wesentlich ist, wird mit dem Wachsen der Katholischen Aktion das von Hermann A. Krose S. J. vor 25 Jahren begründete „Kirchliche Handbuch für das katholische Deutschland“ (18. Band: 1933—1934, Köln, Bachem) immer mehr in seiner weitreichenden Bedeutung erkannt werden.

II.

Neben die französische und die englische Übersetzung der Werke des hl. Thomas von Aquino ist nun die deutsche Thomas-Ausgabe getreten, die vom Katholischen Akademikerverband bei Anton Pustet in Salzburg herausgegeben wird. Sie begann selbstverständlich mit der „Summa theologia“ in lateinischem und deutschem Text, die in 38 Kleinoktavbänden zu je 500 Seiten auf dünnes Papier gedruckt wird. Die wissenschaftliche Leitung des Unternehmens haben die Dominikanerpatres Heinrich Christmann und Swidberth Soreth in Walberberg bei Bonn übernommen. Die Übersetzer, deutsche und österreichische Dominikaner und Benediktiner, wollen „von der Sprache des Originals aus unmittelbar die vom Autor gemeinten Sachverhalte schauen und diese geschauten Sachverhalte in unserer Sprache wiedergeben“. Weil das großartige und sehr schwierige Unternehmen „vor allen Dingen auch dem gebildeten Laien“ zugute kommen soll, war es doppelt notwendig, durch Einführungen, Erklärungen, Anmerkungen und Register das Verständnis des Textes zu erschließen und seine Bedeutung für die Gegenwart zu erweisen und sorgfältig zu umgrenzen, da ja manche wichtige Lehren des hl. Thomas nur aus heute als unrichtig erkannten philologischen, geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Voraussetzungen begreiflich sind, wie z. B. erst jüngst wieder der Brixener Professor Albert Mitterer in der „Zeitschrift für katholische Theologie“ (57 [1933] S. 491 ff.) ausführlich dargelegt hat. Trotzdem ist nach dem Urteil der Wissenschaft wie der Kirche in den Werken des Aquinaten unermesslich viel überzeitlich Wertvolles, und was davon die opfervolle Arbeit der Übersetzer und Erklärer dem deutschen Leser wird nahebringen können, ist für Gegenwart und Zukunft ein herrlicher Gewinn.

Zum katholischen Buchwesen überhaupt erleichtert den oft müh-

samen Zugang der Vertreter der Bibliographie am University College in Dublin, Stephen J. Brown S. J., durch sein Büchlein „An Introduction to Catholic Booklore“ (London 1933, Burnes, Oates & Washbourne). Es beschreibt in einfacher Form eine sehr große Zahl von bibliographischen und andern Hilfsmitteln aller Sprachen, soweit daraus Wesentliches über Bücher irgend welcher Art zu erfahren ist, in denen der katholische Standpunkt zur Geltung kommt.

Während dieses verdienstliche Alterswerk zunächst auf praktische Zwecke eingestellt ist, wendet sich Ferdinand Prat S. J. in seinen zwei Bänden „Jésus-Christ, sa vie, sa doctrine, son oeuvre“ (Paris 1933, Beauchesne) „weder an die Anfänger noch an die Meister, sondern an die Mittelklasse der Leser, die bereits eine ernsthafte Kenntnis des Evangeliums besitzen und nun etwas dazulernen möchten“. Er ist vor allem bemüht, für das tiefere Verständnis der Evangelien Licht aus der kulturgeschichtlichen Umwelt Jesu zu gewinnen. Die abwechslungsreich voranschreitende Darstellung folgt dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse von der Verkündung in Nazareth bis zum ersten christlichen Pfingstfest, und es ist klar, daß der weithin bekannte Verfasser der „Théologie de Saint Paul“ nach jahrzehntelangen Forschungen in der Fachliteratur und an den heiligen Stätten auf seinen fast 1200 Seiten sehr viel Beachtliches zu sagen hat.

In der dunkeln Frage nach dem Todesjahr Christi schwankt Prat (I 490) zwischen 29 und 30. Aus Anlaß des Heiligen Jahres, das ja nach dem Willen des Papstes der besonderen Erinnerung an den Kreuzestod des Heilandes geweiht sein soll, hat Urban Holzmeister S. J. in seiner „Chronologia vitae Christi“ (Rom 1933, Bibelinstitut) eine das ganze Leben Christi umfassende Zeitrechnung vorgelegt, die (S. 215) zum Ergebnis kommt, daß bei ruhiger Abwägung aller Gründe dem Jahre 30 wohl „etwas mehr“ Wahrscheinlichkeit zuerkannt werden muß als dem Jahre 33.

Eine der glänzendsten Feiern des Heiligen Jahres war die Heiligsprechung der Seherin von Lourdes und späteren Klosterfrau Bernadette Soubirous am 8. Dezember 1933, merkwürdig auch dadurch, daß nach den frühen Erscheinungen an der Grotte bis zum Tode dieses Heiligenleben so wenig im herkömmlichen Sinn Außerordentliches bietet wie kaum ein anderes. Der Unterschied zwischen innerer Heiligkeit und wunderbaren Geschehnissen wurde also hier besonders deutlich. Und wenn es auch nicht angeht, die Gewißheit, mit der die Kirche die Heiligsprechung vollzieht, auf die Ereignisse in Lourdes auszudehnen, so ist bei ihnen doch die Bürgschaft der Übernatürlichkeit unvergleichlich vertrauenswürdiger als bei den Erscheinungen in La Salette (Südfrankreich) oder gar bei denen in Beauraing und Banneux (Belgien). Sie werden nicht dadurch als übernatürlich erwiesen, daß dort große Scharen von Gläubigen außergewöhnliche und offenbar heilsame Wirkungen körperlicher oder seelischer Art erfahren; denn Ähnliches ist seit mehr als zwei Jahren auch in Ezquioga (Spanien) vorgekommen, und doch hat der zuständige Bischof von Vitoria nach sorgfältiger Untersuchung erklärt, es habe sich nichts

ergeben, wonach übernatürliche Kräfte anzunehmen wären („Religion y Cultura“, Oktober 1933, S. 159). Die belgischen Bischöfe haben durch einen gemeinsamen Erlaß den Geistlichen mit Rücksicht auf die Vorkommnisse in Beauraing und Banneux befohlen, für sich und ihre Gläubigen den kirchlichen Grundsatz zu beobachten, daß „Tatsachen, mögen sie auch erstaunlich sein, nicht als übernatürlich bezeichnet werden dürfen, solange ihre Übernatürlichkeit nicht sicher bewiesen ist“. Bis jetzt könne man bei keiner der in Frage stehenden Erscheinungen behaupten, die Kirche habe sich zu Gunsten der Übernatürlichkeit ausgesprochen; was darüber geschrieben worden sei, habe nur den Wert einer persönlichen Meinung der Verfasser, und wer zu diesen Dingen etwas Beachtenswertes mitzuteilen habe, „möge es lieber an die kirchlichen Behörden als an die große Öffentlichkeit richten“ („La Revue Catholique des idées et des faits“, 17. November 1933, S. 21).

III.

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg ist nicht zuletzt durch den mangelhaften Zustand seiner Verkehrsmittel gehemmt worden. Dieser lang bekannten Schwäche wird aber seit einigen Jahren mit Erfolg entgegengetreten. Nach einem Bericht aus Schanghai an den Londoner „Spectator“ (24. November 1933, S. 771) ist auf den Eisenbahnen das rollende Material bedeutend verbessert sowie Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Züge gesteigert worden. Der von zwei Gesellschaften, an denen die Regierung den Hauptanteil hat, betriebene Flugverkehr erstreckt sich über 8000 km. Vor allem wird die Überlegenheit des Automobils über andere Landbeförderungsmittel stark ausgenützt: die Autostraßen haben sich in ganz China seit 1929 mindestens vervierfacht; in der Provinz Schantung allein sind sie im Jahre 1930 von 1000 auf 4000 km ausgedehnt worden. Da infolge des japanischen Vordringens die wirtschaftliche Unterstützung Chinas durch Amerika und Europa wohl zunehmen wird, ist damit zu rechnen, daß China nicht vergebens um den seiner Volkszahl, seinen Bodenschätzen und seiner hohen Kulturkraft gebührenden Platz in Asien ringt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden dazu um so eher helfen können und wollen, als sie durch die Anerkennung der Sowjetunion ihre asiatische Stellung gefestigt haben. Zugleich wird sich dadurch ihr Handel mit Rußland beleben, für dessen oft bezweifelte sittliche Erlaubtheit eine Mitteilung des Rotterdamer „Maasbode“ (Nr. 25133, 10. September 1933) zu beachten ist. Schon 1932 hatte der Katholische Arbeitgeberverband der Niederlande die Frage der Beteiligung seiner Mitglieder am russischen Handel erörtert. Nach dem vom „Maasbode“ veröffentlichten, von fünf Moraltheologen gebilligten Gutachten wurde die Erlaubtheit besonders deswegen bejaht, weil sonst angesichts der schweren Wirtschaftskrise Holland einen großen Verlust erleiden und Rußland die gewünschten Vorteile mit Hilfe anderer Länder trotzdem erreichen würde. Bekanntlich ist unterdessen auch die amerikanische Wirtschaftsnot ungeheuer gewachsen. Mitte September 1933 schrieb aus dem früher so reichen Chicago eine höhere Lehrerin an „The Atlantic

Monthly“ (November 1933, S. 37): „Neulich wurden mehr als 1300 Lehrpersonen, denen die Stadt seit fünf Monaten kein Gehalt gezahlt hatte, aus ihren Stellungen entlassen.“ Daß durch das jahrelange, nun ja aufgehobene Alkoholverbot der amerikanische Handel im ganzen gelitten habe, ist, wie „The Fortnightly Review“ (Oktober 1933, S. 222) einer von der Columbia-Universität veröffentlichten Untersuchung entnimmt, unrichtig: schätzungsweise läßt sich feststellen, daß die Bevölkerung „seit 1922 jedes Jahr durchschnittlich vier Milliarden Dollar für geistige Getränke ausgegeben hat, und daß sie ungefähr ebensoviel ausgegeben hätte, wenn der Alkohol nicht verboten gewesen wäre“. Aus der Statistik gehe auch nicht hervor, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie durch das Alkoholverbot gewachsen sei.

Harry D. Gideonse, Universitätsprofessor für Volkswirtschaft in Chicago, legt dar („International Conciliation“, November 1933, S. 37 f.), weshalb die von Europa immer wieder verlangte Streichung der Kriegsschulden die amerikanische Krise nicht verschärfen würde. Selbstverständlich müsse dann der einheimische Steuerzahler den Fortfall der ausländischen Zahlungen wettmachen, aber wenn man auf Zahlung bestehe, werde man doch nur wenig erhalten und im Inland wie im Ausland die Gefahr einer Deflation heraufbeschwören, so daß dann der amerikanische Steuerzahler bei vermindertem Einkommen zur Deckung des Staatshaushaltes mehr werde aufbringen müssen als jetzt. „Mit andern Worten: es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Bezahlung der Kriegsschulden eine verhältnismäßig höhere Belastung des amerikanischen Steuerzahlers zur Folge hätte. Dagegen würde schleunige Revision der Schuldverträge einer Deflation auf dem Weltmarkt vorbeugen und wenn auch nicht ohne weiteres zu wirtschaftlicher Erstarkung führen, so doch eine der Hauptursachen des dauernden Tiefstandes beseitigen. Außerdem würde dadurch eines der größten Hindernisse der Währungsfestigung entfernt, und viele Schranken des Handels würden fallen.“

Ein bezeichnendes Beispiel für die Wirkung der Dollarentwertung auf die Schuldner Amerikas bietet Polen. Nach den Wirtschaftsnachrichten der „Ostlandberichte“ (5. Dezember 1933, S. 28*) sind dadurch die polnischen Kriegsschulden gegenüber Amerika um 717 Millionen Zloty, die gesamten Auslandsschulden des polnischen Staates, die ungefähr vier Milliarden Zloty betrugen, um eine Milliarde Zloty vermindert worden. Wie aber dieselben „Ostlandberichte“ (15. November 1933, S. 24*) aus polnischen Quellen mitteilen, hat trotzdem das polnische Nationalvermögen, das 1928 auf 138 843 Millionen Zloty veranschlagt wurde, wovon auf die landwirtschaftliche Nutzfläche 51 178 Millionen Zloty kamen, allein durch Entwertung des Bodens bis 1933 einen Verlust von 33 740 Millionen Zloty erlitten. Freilich war schon 1931 bei den bäuerlichen Wirtschaften von 2 bis 50 Hektar der Reinertrag kaum 0,19 Prozent!

In Deutschland hat die Regierung seit Monaten eine große Zahl von Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftsnot getroffen. Sie hat namentlich durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das Gesetz über den Bau von Reichsautobahnen, das Gesetz über Instand-

setzung und Ergänzung von Wohngebäuden, durch mehrere Gesetze über Steuererleichterung, durch das Gesetz zur Überführung weiblicher Angestellter in die Hauswirtschaft und das Gesetz zur Förderung der Eheschließungen öffentliche Mittel in riesenhaften Summen zur Verfügung gestellt und für diesen rastlosen Eifer besonders auch in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Anerkennung gefunden. Für die Wirtschaft im ganzen ist der Erfolg nach dem Urteil des Reichswirtschaftsministers erfreulich, aber, wie der Minister einem Vertreter des nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachters“ („Berliner Tageblatt“ Nr. 579, 9. Dezember 1933) erklärte, „kein ausschlaggebender, sondern nur ein Anfang, und zwar deshalb, weil die Zahl der Arbeitslosen immer noch sehr groß ist, und vor allen Dingen, weil ihre Beschäftigung in weitem Ausmaße nicht aus der Wirtschaft selbst heraus, sondern auf Grund öffentlicher Aufträge zustande gekommen ist. Es wäre nichts gefährlicher, als sich über das Ausmaß eines erzielten Erfolges Illusionen hinzugeben“. Obgleich „vielfach das Preisniveau unter den Gestehungskosten“ liege, sei eine Preiserhöhung, weil sie die Kaufkraft schwäche, einstweilen unzulässig. Bei Eröffnung des Außenhandelsrates am 19. Dezember 1933 sagte derselbe Minister, Einfuhr und Ausfuhr, die im Jahre 1929 zusammen 27 Milliarden betrugen, seien 1932 auf 10 Milliarden gesunken und könnten für 1933 wohl nicht mehr als 9 Milliarden ergeben („Frankfurter Zeitung“, 20. Dezember 1933, Reichsausgabe).

Trotz dieser äußerst schwierigen Lage mußte die deutsche Regierung sich mehrmals gegen Störungen der Wirtschaft wenden. Am 21. Oktober wiederholten der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister und der preußische Minister des Innern in einem gemeinschaftlichen Erlaß, es sei verboten und daher polizeilich zu verhindern, daß Unbefugte „Einfluß auf die Zusammensetzung der Belegschaft, auf Entlassung von sog. Doppelverdienern u. dgl.“ ausüben. Kein Betriebsführer sei verpflichtet, „Vorladungen und Anordnungen von Stellen, die nicht durch Gesetz oder durch die Regierung dazu berufen sind, Folge zu leisten“. Die Reichsausgabe der „Frankfurter Zeitung“ hatte am 29. September 1933 ein Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Deutschen Industrie- und Handelstag veröffentlicht, das sich gegen jede „Unterscheidung zwischen arischen und nichtarischen oder nicht rein arischen Firmen innerhalb der Wirtschaft“ erklärte. Dennoch mußte der Minister am 16. Dezember 1933 die Landesregierungen und die Spitzenverbände anweisen, „ohne Verzug wirksam“ Bestrebungen entgegenzutreten, die in Großbetrieben des Einzelhandels und besonders in nichtarischen Geschäften durch Einschränkung der Warensorten und der Reklame oder durch allerlei Belästigung des dort verkehrenden Publikums den Weihnachtsverkauf zu hindern suchten. Das Vertrauen zur Regierung leide, wenn die schon vor Monaten ausdrücklich zugesagte Geschäftsfreiheit nicht aufrecht erhalten werde („Frankfurter Zeitung“, 17. Dezember 1933, Reichsausgabe).

IV.

Den für die abendländische Kultur wahrhaftig nicht ehrenvollen Rüstungswahnsinn beleuchtet die „Frankfurter Zeitung“ (9. November 1933, Reichsausgabe) nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung. Im Verhältnis zur Weltproduktion überhaupt haben sich die Rüstungsausgaben der Staaten seit 1929 verdoppelt. Sie waren „im vergangenen Jahr schätzungsweise um zwei Drittel höher als im letzten Vorkriegsjahr, während die Produktion an landwirtschaftlichen und industriellen Gütern etwa gerade wieder die gleiche war wie 1913“. Die Weltwirtschaftskrise hat überall sonst zu Schrumpfungen geführt, aber „auf die Rüstungsausgaben keinerlei Einfluß geübt“, und „Schneider-Creusot hat, von jeder Krisis unberührt, seit 1928/29 immer die gleiche Dividende von 25 Prozent gezahlt“. Die Waffenausfuhr Frankreichs „hat sich im letzten Jahre annähernd vervierfacht, auch die Ausfuhr der Niederlande ist stark gestiegen“.

Erfreulicherweise kommt aber das umfangreiche Werk von R. Laun, „Der Wandel der Ideen. Staat und Volk als Äußerung des Weltgewissens“ (Berlin 1933, Cassirer), das beim Wettbewerb um einen katalanischen Preis von Tausend Pfund Sterling als beste der eingereichten Arbeiten anerkannt wurde, zum Ergebnis, daß sich seit dem Kriegsende trotz allem das Verständnis für Gewaltüberwindung „durch den allgemeinen Frieden und den freien, auf das Weltgewissen gegründeten Gehorsam aller Staaten und Völker gegen ein allen übergeordnetes internationales Recht“ merklich gesteigert hat.

Nicht weniger als die Theorie des Weltfriedens muß die der demokratischen Staatsführung immer wieder vor Mißdeutungen geschützt werden; denn auch wer ihr nicht gewogen ist, sollte sie doch zuerst richtig aufgefaßt haben. Der adelige Marquess of Lothian erklärte im „Spectator“ (6. Oktober 1933, S. 436), die Wurzel aller politischen Schwierigkeiten der Gegenwart sei eine internationale Wirtschafts-anarchie, durch die jede Regierungsform zum Mißerfolg verurteilt werde, die Demokratie natürlich besonders in den Ländern, wo ein Volk die zu ihrem Gelingen erforderlichen geistigen und sittlichen Eigenschaften erst mangelhaft entwickelt habe. Ebenso schrieb der bürgerliche Chesterton in seinem „Weekly“ (12. Oktober 1933), die Faschisten täuschten sich, wenn sie den Mißerfolg ihrer Gegner der Demokratie zuschrieben. „Die Parlamente gerieten nicht deshalb in schlechten Ruf, weil sie etwa demokratisch gewesen wären, sondern weil sie undemokratisch waren. Sie waren eine beständige Oligarchie der Reichen oder ihrer heimlichen Knechte und wurden autokratisch durch ein Ministerium beherrscht, das wie in einem Klub nur durch innere Wahl zustande kam.“ Wilfrid Parsons S. J. stimmte in der von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift „America“ Chesterton zu und fügte bei, in den Vereinigten Staaten sei es kaum anders: wenigstens bis in die letzte Zeit „gaben dieselben reichen Leute Geld für den Wahlkampf jeder Partei und waren deshalb in jeder Partei die eigentlichen Leiter“.

Über den Faschismus urteilte im „Écho de Paris“ (Nr. 19712, 6. Oktober 1933) der sehr weltkundige Henri de Kerillis, nachdem er mit Mussolini und andern Größen ausführlich gesprochen hatte: „Von dem, was ich gesehen habe, kann ich viel Gutes sagen. Gewiß komme ich nicht als Faschist zurück. Ich bin sogar noch immer der Ansicht, daß dieser Versuch fürchterliche Rückschläge bringen kann.... Aber ich leugne nicht, was sonnenklar ist, nämlich daß der Stern Italiens sich in den letzten elf Jahren immer im Aufstieg gehalten hat.... Streiten läßt sich freilich über die Frage, welcher Anteil dem Faschismus und welcher Mussolini gebührt.... Ich, der ich doch politisch zur Rechten gehöre, ... ich glaube, daß bis jetzt nur der Duce diese Wunder gewirkt hat. Über ihn kann die Geschichte bereits urteilen, über den Faschismus noch nicht. Der Faschismus ist noch ein Fragezeichen.“

Wie ein besonderer Kenner des faschistischen Korporativstaates, Harold Goad, Direktor des British Institute in Florenz, ausführlich zeigt („International Affairs“, November/Dezember 1933, S. 775 ff.), ist dort die Freiheit der parlamentarischen Kritik größer, als gewöhnlich angenommen wird, nicht nur in dem noch fast wie früher zusammengesetzten Senat, sondern auch in der gänzlich neuen Korporativen Kammer. „Gesetzesvorschläge werden gewöhnlich einstimmig oder fast einstimmig angenommen, aber sie sind zuerst in verschiedenen Ausschüssen durchgesprochen und, bevor sie die endgültige Form erhalten, vielfach verändert worden.... Manche Regierungsvorlagen wurden infolge der Verbesserungsanträge zurückgezogen, manche wurden Monate und selbst Jahre lang aufgeschoben, aber ihre schließliche Fassung wurde gewöhnlich allgemein gebilligt“ (S. 782).

Auch in Deutschland klärt sich das Verhältnis zwischen Staatsführung und Kritik immer mehr. Reichsminister Röhm hat am 8. Dezember 1933 in seiner Berliner Rede vor Diplomaten und Vertretern der ausländischen Presse gesagt: „Wenn der Soldat um einer guten oder schlechten Politik willen kämpfen oder sterben soll, will er über diese Politik auch zu bestimmen haben“ („Völkischer Beobachter“, Nr. 343, 9. Dezember 1933). Übrigens sei Soldatentum „eine Geisteshaltung, die keineswegs an das Waffenhandwerk gebunden zu sein braucht“, sondern Soldatentum bedeute: „Einstehen für eine Sache bis zum letzten.“ Nicht Gewaltanwendung wie bei der Reichswehr sei die Aufgabe der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), sondern sie habe „den neuen deutschen Staat geistig und willensmäßig auf der Grundlage des nationalsozialistischen Ideengutes zu formen und den deutschen Menschen zu einem lebendigen Glied dieses nationalsozialistischen Staates zu erziehen“. Aber diese geistige Aufgabe läßt sich nur sehr langsam lösen: „Der Durchbruch einer neuen Weltanschauung braucht Zeit. Ich erinnere Sie nur daran, wie vieler Jahrhunderte das Christentum bedurfte, um sich durchzusetzen.“ Da sich nun die nationalsozialistische Weltanschauung nicht wie das Christentum auf eine göttliche, verpflichtende Offenbarung berufen kann und will, so führt die von Röhm verlangte, nicht auf Gewalt gestellte Erziehungsarbeit von selbst zu einer kritischen Auseinander-

setzung mit dem Inhalte der nationalsozialistischen Weltanschauung und folglich auch mit den darauf beruhenden Maßnahmen, wobei selbstverständlich die Achtung vor der staatlichen Obrigkeit gewahrt werden muß. Daher sprach das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 469, 6. Oktober 1933) die Hoffnung aus, „daß sich auch die Behörden, die des Reiches und die der Länder, an den Klang der Stimme jener Kritik wieder mehr gewöhnen, die der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda selbst für erwünscht und unentbehrlich hält“. Sonst ginge ja auch der von der Regierung erwartete Einfluß der Zeitung verloren und immer weiter griffe jene „Einförmigkeit“ um sich, von der Erich Häuber als Leiter des „Berliner Tageblattes“ schrieb (Nr. 592, 17. Dezember 1933), sie habe „einen großen Teil früherer Zeitungsleser so verärgert“, daß er sich „von jeder, oder was noch gefährlicher ist, von jeder deutschen Zeitungslektüre zurückgezogen“ habe.

Mindestens dieselbe Möglichkeit der Kritik muß der Wissenschaft im neuen Staate verbleiben. Beim Stiftungsfeste der Universität München sagte Professor Karl Alexander von Müller, die Wissenschaft sei „eine Tochter der Freiheit“, nicht „eine bloße Magd der Politik“ ... „Wie alle Erscheinungen der Gegenwart zahlenmäßig die aller früheren Zeiten, die wir kennen, weit übertreffen, so ist auch wohl noch niemals in der Geschichte der Menschheit auf unserem Erdball zahlenmäßig so viel, so massenhaft, so organisiert gelogen worden wie in unserem Zeitalter ... Die Aufgabe der Wissenschaft, an der wir an dieser Stätte, jeder an seinem bescheidenen Teil, mitarbeiten, ist, den schmalen Deich der sachlichen Erkenntnis gegen alle Überschwemmung durch die Schlagworte aufrecht zu erhalten ... Wenn Ihre Lehrer im vollen Bewußtsein ihrer Verwachsenheit mit dem Volk, ihrer Gebundenheit an die Gesamtheit, nicht mehr den Mut hätten, die Wahrheit zu sagen, dann, meine jungen Freunde, hätten Sie das Recht, uns zu verachten“ („Zeitwende“, Dezember 1933, S. 422 f.).

Die deutsche Regierung und die nationalsozialistischen Parteistellen mußten oft gegen ungehörige Freiheitsbeschränkungen einschreiten. Der preußische Ministerpräsident Goering wies in einem Erlaß „erneut“ darauf hin, daß die nationalsozialistischen Fachschaften „sich jeder Einmischung in Angelegenheiten der Staatsverwaltung zu enthalten haben, und daß insbesondere die Behandlung und Beurteilung von Personalangelegenheiten, gleichviel welcher Art und zu welchem Zweck, ausschließlich Sache des Behördenleiters und der von ihm damit beauftragten Beamten ist“ („Frankfurter Zeitung“, 15. Oktober 1933, Reichsausgabe). Infolge von häufigen Beschwerden „über den stillen und offenen Boykott von bürgerlichen Zeitungen“ betonte der Treuhänder der Arbeit für das Rheinland „aufs allerschärfste“ die in dieser Sache schon ergangenen Verbote des Reichskabinetts („Frankfurter Zeitung“, 27. September 1933, Reichsausgabe). Trotzdem sah sich Dr. Dietrich, Reichspressechef der Nationalsozialistischen Partei, zwei Monate später veranlaßt, „politischen oder gar parteiamtlichen Zwang“ in der Werbung von Abonnenten wieder zu verurteilen; die Partei lehne es ab, „ihre Mitglieder zum Bezug bestimmter Zeitungen zu verpflichten“ („Völ-

kischer Beobachter“ Nr. 333, 29. November 1933). Am 13. Dezember 1933 folgte ein Erlaß des Präsidenten der Reichspressekammer, der jede „Verpflichtung“ zum Bezug bestimmter Zeitungen und jede „Kontrolle“ des Bezuges verbot. Stabschef Röhm hatte schon vorher den ihm unterstellten Einheiten „grundsätzlich ein für allemal“ untersagt, sich „im Dienstanzug“ an dem zu „einer wahren Landplage“ gewordenen „Sammeln von Geld“ oder am Werben für „Zeitungen und Zeitschriften, Bücher oder industrielle Erzeugnisse“ zu beteiligen („Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 315, 18. November 1933).

Und obgleich vor der Volksbefragung über die Friedenspolitik der Regierung und über die neue Reichstagsliste immer wieder die strenge Wahrung des Wahlgeheimnisses betont worden war, wurden sogar Vorschläge zur nachträglichen Feststellung der Nichtwähler und Neinsager gemacht, so daß der Reichsminister des Innern die Länderregierungen ersuchen mußte, für Verhinderung solcher Nachforschungen zu sorgen („Berliner Tageblatt“, Nr. 574, 7. Dezember 1933). Nach der „Frankfurter Zeitung“ (11. Dezember 1933, Reichsausgabe) teilte das hessische Staatspresseamt mit: „Herr Staatsminister Jung sieht sich veranlaßt, einmal ganz eindeutig gegen das sich immer noch breitmachende Angebertum Stellung zu nehmen. Es ist geradezu widerlich, wenn man sieht, wie tagtäglich Volksgenossen einander bei den maßgebenden Stellen herabzusetzen und in den Schmutz zu ziehen suchen.“ Gehässigkeiten in der Rassenfrage erfuhren eine mittelbare, aber deutliche Verurteilung durch die Erklärung des Reichsinnenministers Dr. Frick, mit den Maßregeln gegen rassische Überfremdung wolle die Regierung „in keiner Weise ein Werturteil über andere Rassen fällen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß viele vom deutschen Volk rassisch verschiedene Völker eine alte und hohe Kultur vertreten. Diese herabzusetzen, liegt der Reichsregierung und dem deutschen Volke fern“ („Frankfurter Zeitung“, 6. Dezember 1933, Reichsausgabe).

Zunächst suchte diese Erklärung des Ministers indische und japanische Befürchtungen zu beschwichtigen, aber es ist klar, daß auch Afrika und Vorderasien von ihr nicht auszuschließen sind. Niemand kann den neuen Band der „Geschichte der führenden Völker“ („Die Ägypter“ von Hermann Junker, „Die Babylonier, Assyrer, Perser und Phöniker“ von Louis Delaporte, Freiburg 1933, Herder) lesen, ohne über die materielle und geistige Hochkultur dieser, abgesehen von den Persern, vorwiegend semitischen Völker zu staunen, die im Lichte der heutigen Fachwissenschaft unvergleichlich klarer vor uns stehen als noch vor wenigen Jahrzehnten. Aber auch die Vergänglichkeit aller menschlichen Staatskunst wird hier lehrreich deutlich, und gerade von der ägyptischen Nationalkultur, deren tiefste Seele der Kampf gegen den Untergang zu sein schien, sagt Hermann Junker, der Direktor des deutschen Archäologischen Instituts in Kairo: „Sie schloß sich eigensinnig aus von dem sie umgebenden neuen Leben und verdammt sich damit selbst zum Absterben“ (274).

Ein zweiter neuer Band derselben Sammlung enthält „Die Entwick-

lung Österreich-Ungarns zur Großmacht“ von Hugo Hantsch und „Der Aufstieg Brandenburg-Preußens“ von Max Braubach. Er läßt den heutigen Deutschen beglückend erleben, wie ungeheuer seit dem Aufkommen der verschiedenen sozialen Bewegungen das Bewußtsein der Volksgemeinschaft in der Staatsführung gewachsen ist. „Man wird“, sagt der Bonner Professor Braubach, „in den Taten der Hohenzollern seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts wahrhaftig nicht einen bewußten Dienst an der deutschen Sache sehen: ihr Aufstieg war alles andere als eine nationale Erhebung“ (360). Der Wiener Privatdozent Hantsch betont dagegen mit Recht die größere innere Verbundenheit Österreichs mit dem deutschen Reichsgedanken und insofern auch mit dem teils machtpolitischen, teils geistigen Einfluß des Deutschtums auf andere Völker (155). Aber nachdem die Reichsgeltung Österreichs durch die Schlesischen Kriege zerstört war (116), machte schließlich das Erwachen der außerdeutschen Nationalitäten eine andere staatliche Einigung der deutschen Volksgemeinschaft als durch Preußen unmöglich.

Umschau

Das Vatikanische Konzil — heute

Es gibt Anachronismen, Zeitwidrigkeiten durch Rückfall in überlebte Epochen; es gibt aber auch, in seltenen Fällen, ein Aus-der-Zeit-fallen durch Vornahme von Gedanken und Entwicklungen, die erst um Menschenalter später von der Welt verstanden und gewürdigt werden. Man liebt es manchenorts, der katholischen Kirche Anachronismen der ersten Art in Fülle vorzuwerfen oder sie überhaupt als den Anachronismus der Weltgeschichte zu betrachten. Dabei ist es die gleiche Weltkirche, die in seltsamer Fügung mehr als einmal in die Zukunft greift und Zeitwidrigkeiten zur Tatsache macht, deren Tragweite erst nach Jahrzehnten dem geschichtlichen Blick offenbar wird.

Ein glänzendes Beispiel dieser Art ist das Vatikanische Konzil, dessen Darstellung aus der Feder des führenden Kirchenhistorikers englischer Sprache, Dom Cuthbert Butler, in deutscher Übertragung eben zu guter Stunde erscheint¹.

¹ Das Vatikanische Konzil. Seine Geschichte von innen, geschildert in Bischof Ullathornes Briefen. Von Dom Cuthbert Butler O. S. B. Übersetzt und erweitert von Hugo Lang O. S. B. 80 (467 S.) München o. J. (1933), Kösel & Pustet. Geb. M 12.—

Butler schreibt — wie übrigens auch Bischof Ullathorne, dessen Berichterstattung in Briefen als zeitgenössischer Beleg ersten Ranges das ganze Werk durchzieht — vollkommen sachlich und nüchtern, mit jener angelsächsischen Andacht zur farbigen Einzelheit, die ihn sogar „jede ‚Szene‘ auf dem Konzil und jedes Einschreiten der Präsidenten“ (280) mit liebender Sorgfalt wiedergeben läßt. Hinter dem äußeren Gang der Ereignisse und Verhandlungen aber erhebt sich, zumal im Zusammenhalt mit den einleitenden Kapiteln über die geistige Lage und die Strömungen der Zeit, mit Händen greifbar das, worum es im großen Konzil des Jahres 1870 letztlich ging: den Schlußstrich zu setzen unter eine Entwicklung, die wir in heutiger Sprache als das „parlamentarische System“ bezeichnen würden, und jenen Grundsatz in voller Klarheit zur Geltung zu bringen, den wir, wiederum mit heutigen Worten, das „Prinzip der Führung“ nennen.

Freilich müssen wir uns in demselben Augenblick, wo wir diese Ausdrücke auf den Bereich katholischer Kirchenverfassung übertragen, der Tatsache bewußt bleiben, daß es sich in beiden Fällen nur um Annäherung, nicht um Dekkung der Begriffe handelt. Einmal weil die Führungsautorität in der Weltkirche kraft ursprünglicher Satzung des göttlichen Stifters in einer nirgends sonst